

Zum Wohle unserer Stadt!

Albert Kahle, Siegfried Pöschl



Gruppierung im Gemeinderat
der Stadt Kirchheim unter Teck
www.fdp-kirchheim-teck.de

Haushaltsrede zur Generaldebatte
des Haushaltsplans 2016

am 28.10.2015

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,

Haushalte sind meist Makulatur bevor sie zu Ende vorgetragen wurden.
Grund dafür sind, die mit Hochdruck auf uns, unser Land und unsere Heimatstadt einwirkenden Veränderungen und gesellschaftliche Entwicklungen, die uns schnelles, unbürokratisches und pragmatisches Handeln abverlangen um Lösungen zu finden.
Dies näher zu begründen erübrigt sich hinsichtlich der täglichen, teils schockierenden Pressemeldungen.

Was soll ich Ihnen also Zahlen präsentieren die meine Vorredner bereits aufgelistet hatten, die seit der Haushaltseinbringung überholt sind und im Vorbericht schon wieder geändert wurden.

Ganz ehrlich muss ich gestehen, diese Komplexität des Habens und nicht Habens nicht mehr nachvollziehen zu können.

So habe ich während meiner Schulzeit eine andere Rechenart gelernt und mich an Leitgedanken orientiert.

1. Gebe nur das Geld aus, das Du hast.
2. Wenn Du etwas willst dann spare bis Du es dir leisten kannst.
3. Mache keine Schulden.
4. Überlege ob Du etwas zwingend brauchst.
5. Verzichte auch auf Dinge die Du gerne haben möchtest, Dir aber nicht leisten kannst.
6. Weniger ist mehr!

Solche Leitgedanken sind im Repertoire der Stadt nicht enthalten. Da wird geplant, begutachtet, umgeschichtet, steht nicht Kleckern sondern Klotzen ganz oben und möglichst alles auf einmal.

Alles mit Geld, das man nicht hat - von dem man aber hofft, dass es irgendwann kommt.

Es ist nicht verwunderlich, dass der Gemeinderat nach fünf Klausurtagen, in denen die Zukunft der Stadt mit einem konsolidierten Haushalt geregelt werden sollte, zu dem Ergebnis kam, tatsächlich „Nichts“ eingespart zu haben, sondern mehr Geld verplant zu haben als vorher schon auf der Agenda stand.

Seit Jahren fordert die FDP-KiBü, dass bei den Ausgaben gespart wird und nicht immer nur auf der Einnahmeseite Gebühren und Steuern angehoben werden – zu Lasten der Bürger.

Blatt 2

Vieles was die letzten Jahre vorgetragen wurde ist immer noch brandaktuell, sei dies der Campus Rauner, das Hallenbad, das Steingau Areal oder das seit Jahrzehnten anstehende Dauerthema Neue Halle Ötlingen und – auch das Dach der Linde ist immer noch undicht.

Seit Jahren fordert die FDP-KiBü eine verantwortungsvolle Personalpolitik und den Abbau unnötiger Stellen. Zur Wiederholung erinnere ich, dass wir, die uns auferlegten Stellen im Bildungsbereich stets mitgetragen haben. Leider wurden auch anderweitig neue, teils unnötige Stellen geschaffen und der Verwaltungsapparat aufgeblasen.

Wenn seit 2004 die Personalstärke der Stadt von rund 500 auf etwa 800 Mitarbeiter angestiegen ist, einer Steigerung von 60 Prozent, muss doch jedem klar werden, dass das nicht mehr zu finanzieren ist.

Eine Firma, die 30% ihrer Finanzen in Personal steckt, außer Kosten nichts Greifbares produziert, fast jeder Mitarbeiter einen „Geherda“ braucht, wo Ideologien mehr zählen als der gesunde Menschenverstand, - die kommt durch Überschuldung an ihre Grenzen.

In den „Guten Zeiten“ vergangener Jahre wäre es angebracht gewesen Rückstellungen vorzunehmen, um bei schwachem Wirtschaftswachstum antizyklisch reagieren zu können. Stattdessen haben wir das Tafelsilber aufgebraucht. Das wird sich in den nächsten Jahren auswirken.

Die Pressemeldungen der vergangenen Tage prophezeien eine rückläufige Wirtschaftsentwicklung der wir „jetzt noch“ durch entsprechende Weichenstellung entgegen wirken können.

Jetzt sind wir an einem Wendepunkt.

Die aktuelle Situation erfordert es viel Geld in die Hand zu nehmen um unsere Gäste zu versorgen. Das war auch der Grund warum der Landrat die Erhöhung der Kreisumlage andachte. Ursache ist, dass die rot/grüne Landesregierung ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt.

Da ist ihr Ärger berechtigt Frau Oberbürgermeisterin. Auch Ihre Aussage, dass diese Kosten nicht auf die Kommunen abgewälzt werden können.

Doch – wenn Sie die Grundsteuer und Gewerbesteuer erhöhen, dann müssen Sie der Ehrlichkeit Recht zollen und den Bürgern auch sagen, dass das gemacht wird um den Gästen Häuser und Wohnungen zu stellen.

Nur – was sagen wir jetzt der einheimischen Bevölkerung, den jungen Familien mit Kindern, für die wir seit Jahren günstigen Wohnraum schaffen wollen? Wird wohl nix!?

Bei der Kreisumlage kann ich Sie beruhigen Frau Oberbürgermeisterin, sie wird nicht kommen. Herr Landrat Eininger hat eine Lösung gefunden. Grund für Sie, die angedachte Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer „ad acta“ zu legen.

Die FDP-KiBü wird einer Steuererhöhung nicht zustimmen.

Was aber machen wir mit der weiterhin im Raum stehenden Wohnungsnot? Was ist mit dem Steingau Areal? Was mit dem Hallenbad?

Seit Jahren werden wir auf Nachfrage immer wieder mit neuen Argumenten vertröstet. Das ist langsam nicht mehr glaubhaft. Eher ist anzunehmen, dass wir das Steingau Gelände trotz aller Vorgespräche nicht bekommen.

Was ist mit anderen Wohnbaumöglichkeiten?

Da nenne ich nur die Planung am „Wangerhaldenbach“. Dort hält die Verwaltung mit ihrer ganzen Macht an einem Bebauungsplan aus 1953 fest, findet immer wieder neue Gründe den Antrag des Eigentümers auszubremsen, anstatt zügig eine Bebaubarkeit möglich zu machen.

Wenn man von „Mittelstandsfreundlicher Kommune“ spricht darf ein B-Plan Verfahren keine vier Jahre dauern.

Oder ist es Neid? Geht es darum Privatengagement zu blockieren um eigene Planungen vorrangig an den Mann zu bringen?

Es wäre hierbei sehr sinnig, der Verwaltung eine Augenbinde zu verpassen, wie sie von der „Justitia“ getragen wird.

Das ganze Jahr über müssen Nachträge und überplanmäßige Ausgaben beschlossen werden, die wir über bereits verplante Gelder für andere Maßnahmen durch umschichten finanzieren.

Oder aber – wir müssen wegen Fehlplanungen und falscher Kalkulationen, Mehraufwand, Änderungen der Bauausführung, „Unvorhergesehenes“, Honorare, „Gutachter“, externe Berater und andere Ungereimtheiten, tiefer in die Tasche greifen um Mehrkosten zu decken.

Sei dies Grund, unqualifizierte Planer, die ihr Handwerk nicht verstehen, Verwaltungsplanungen in denen einfach etwas vergessen wird oder einfach der Umstand, dass bei der öffentlichen Hand ein niederes Angebot abgegeben wird um den Auftrag zu erhalten, weil Nachträge so oder so an der Tagesordnung sind.

So ganz aktuell - würde man dem Haushalt der Verwaltung folgen, soll die dringend anstehende Sanierung des Technischen Zentrums dafür herhalten um in Ötlingen einen „Eduard – Mörike - Schul und Bürgercampus“ mit Gemeindehalle bauen zu wollen.

Durch solche Umschichtungsmaßnahmen schafft man Unruhe und Unzufriedenheit in der Bürgerschaft.

Dem Ötlinger Ortschaftrat gibt man das „Zuckerle“ der lange erwarteten Neuen Halle um das O.k. für die Schließung der Haldenschule zu bekommen.

Den Bürgern der Halde wurde beim Grundstückserwerb zum Bau des Eigenheimes die Nähe der Haldenschule für deren Kinder als Standortfaktor angepriesen. Sie haben sich auf die Aussage der Verwaltung verlassen. Jetzt ist Vertrauensschutz nicht mehr gegeben.

Der Idee einer Zusammenführung von Schulen müssen wir aber grundsätzlich zustimmen. Es ist unsere Pflicht im Zuge des Haushalts und dem verantwortungsvollen Umgang mit den Steuern, dass wir gemeinsame Lösungen suchen wenn sich für eine oder mehrere Schulen nicht genügend Schüler finden.

Während meiner Schulzeit hatte ich fast einen km in die Grundschule, später mit dem Rad drei km und wenn wir Sport hatten musste ich zur KW Halle oder ins Stadion oder zum Schwimmen ins Freibad.

Unsere Eltern hatten damals nicht wegen jeder schulischen Veränderung die Verwaltung und den GR angeschrieben.

Ich habe fast den Eindruck, dass manche meinen, sie müssten ihre eigene Schule direkt vor der Haustüre haben.

Das muss auch einmal gesagt werden!

Die Kameraden der Feuerwehr, denen man seit Jahren die Sanierung des Technischen Zentrums verspricht sollen plötzlich wieder hinten anstehen, obwohl Fristen einzuhalten oder gar schon abgelaufen sind. Bleibt das Dach weiterhin undicht, wie in der Linde? Wird gesundheitsschädlicher Asbest nicht saniert? Die Heizungsanlage, der fehlende Aufzug und weitere Maßnahmen – alles obsolet?

Die Kameraden der Feuerwehr sind mit Recht verärgert.

Der „Schweiz Flüchtling“ Dieter Moor hat für seine Geschichten aus der arschlochfreien Zone den Titel gewählt:

„Was wir nicht haben brauchen Sie nicht“

Damit zitiert er ein Schild im Tante Emma Laden seiner Wahlheimat, einem kleinen Ort bei Berlin, den er liebevoll Amerika nennt.

Dieser Titel ließe sich sehr gut auf Kirchheim übertragen.

Nur – wer sagt es den Bürgern?

Wir haben kein Hallenbad - das brauchen Sie nicht.

Wir haben keine Wohnungen – die brauchen Sie nicht.

Wir haben kein Geld – das brauchen Sie nicht.

Man könnte beliebig ergänzen.

Was wir jetzt brauchen ist Mut konsequente Entscheidungen zu treffen um für unsere Bürger die „Pflicht-Aufgaben“ auch in Zukunft erfüllen zu können.

Dazu gehört:

- auf Dinge zu verzichten wie wir tatsächlich nicht brauchen.
- Freiwilligkeitsleistungen zurückfahren.
- Maßnahmen vorläufig unbefristet verschieben.
- Keine neuen Schulden.
- mit vorhandenen Mittel verantwortungsbewusst arbeiten.
- Bereits beschlossene Maßnahmen überdenken und korrigieren.
- Wirtschaftsförderung nicht durch Verkehrsblockade ausbremsen.

Wir müssen endlich umdenken und die Verantwortung an den Tag legen, die das Vertrauen und die Glaubwürdigkeit aus der Bürgerschaft wieder verdient. Diese haben wir längst verloren.

Wir sind es unseren Bürgern schuldig.

Blatt 5 FDP-KiBü im Gemeinderat der Stadt Kirchheim unter Teck zum Haushalt 2016

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung danken wir für ihren Einsatz.

Wir hoffen, dass unsere Anregungen, im Interesse der gesamten Bürgerschaft von Kirchheim und der Teilorte Jesingen, Ötlingen, Lindorf und Nabern Ihre Zustimmung finden.

Zum Wohle unserer Stadt!

Für die FDP – KiBü danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.

A handwritten signature in blue ink, consisting of a large, stylized 'A' followed by a smaller, less distinct signature.

Albert Kahle

Anträge der FDP - KiBü zum Haushalt 2016

1. Die Umgestaltung der Ortsmitte Ötlingen ist nicht zwingend erforderlich und wird aus Kostengründen auf unbegrenzte Zeit zurückgestellt.

Ersparnis: ca. 8.500.000,- €

2. Der Beschluss in Ötlingen und der Paradiesstraße „ganztägig Tempo 30“ einzuführen, wird zum Zwecke der Wirtschaftsförderung dahingehend geändert, dass Tempo 30 nur nachts in der Zeit von 22 Uhr bis 6 Uhr angeordnet wird.

Auswirkungen auf den Haushalt: keine

3. Rücknahme des kostenfreien 1. KiGa Jahres und eine bessere Kostendeckung.

Einsparung 185.000,- €

4. Verzicht auf den Kauf des Steingauareals.
Keine langfristige Bindung hoher Finanzbeträge in großflächigen Immobilienerwerb. Die Stadt sollte Ihre Aufgabe alleine darin sehen Voraussetzungen zu schaffen und nicht als Immobilienhändler fungieren.

Dadurch keine Kreditaufnahme erforderlich!

Ersparnis von Zinsen und Reduzierung von Verwaltungsaufwand.

Einsparungen: ca. 16.000.000,- €

5. Sanierung des Daches am MGH Linde

Kosten ca. 250.000,- €

6. Sofortige Genehmigung des Bauvorhabens „Wangerhaldenbach“ zur Schaffung von Wohnbebauung.

Auswirkungen auf den Haushalt: keine

7. Die Sanierung des Technischen Zentrums wie geplant durchführen.

Kosten im Finanzplanungszeitraum ca. 8.500.000,00 €

8. Alle Freiwilligkeitsleistungen und Zuwendungen um 10 % kürzen.

9. Personalstellen um 5% reduzieren.

Einsparungen ca. 1.500.000,00 €

10. Keine Erhöhung der Grundsteuer.

Auswirkungen auf den Haushalt:
Weniger Einnahmen 90.000,00 €

11. Keine Erhöhung der Gewerbesteuer.

Auswirkungen auf den Haushalt:
Weniger Einnahmen 600.000,00 €

12. Neubau des Hallenbades vorziehen.